

UNTERWALLIS

Giroud-Bericht war sachgerecht

LAUSANNE | Der Unterwalliser Weinhändler Dominique Giroud ist ein weiteres Mal vor Bundesgericht abgeblitzt. Die Lausanner Richter haben seine Beschwerde im Zusammenhang mit der Ausstrahlung eines Berichts des Westschweizer Fernsehens (RTS) im Dezember 2013 abgewiesen. Sie bestätigen damit das Urteil der Unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI). Weder habe die UBI den Anspruch auf rechtliches Gehör verletzt noch den Sachverhalt willkürlich festgestellt. Dennoch handle es sich beim umstrittenen Bericht um einen Grenzfall, der durchaus gewisse Mängel aufweise, so die Richter.

Gegen Rassismus

SIDERS | Im Rahmen des internationalen Tages für die Beseitigung der Rassendiskriminierung vom 21. März organisieren Städte und Regionen mit der Unterstützung der kantonalen Fachstelle für Rassismusbekämpfung die Walliser Woche gegen Rassismus. Vom 16. bis 23. März sind verschiedene Aktionen sowie eine Ausstellung geplant. Letztere kann während der Aktionswoche in verschiedenen Einkaufszentren besucht werden. Ziel der Sensibilisierungskampagne, die in Zusammenarbeit mit der Walliser Schule für Gestaltung ECAV in Siders und dem Verein «La sorcière affairée» durchgeführt wird, ist, den Slogan «Rassismus tötet Integration» zu illustrieren. Für die Projekte «Slogan» und «Lebendige Bücher» werden den Studenten der ECAV Preise überreicht.

Hostienfabrik in Collombey

COLLOMBEY | Am Samstag, 5. März 2016, besuchten 110 Ministranten mit ihren Begleitpersonen aus verschiedenen Pfarreien des Oberwallis die Hostienproduktion in Collombey. In Gruppen konnte die kleine «Hostienfabrik» besichtigt werden. In weiteren Ateliers stellten die Schwestern der Schwesterngemeinschaft «Sœurs Bernardines» den Kindern und Jugendlichen das Klosterleben vor.

Konferenz zum starken Franken

MARTINACH | Der Verband der Walliser Metallbauunternehmen (VWMU) lud gestern anlässlich der Berufs- und Ausbildungsmesse in Martinach zu einer Konferenz zum Thema «Die Situation des starken Franken und die Konsequenzen für nicht exportierende Unternehmen». Als Redner konnte UBS-Wirtschaftswissenschaftler Thomas Veraguth verpflichtet werden.

Höchstspannungsleitungen | Das Parlament debattiert intensiv über Erdverlegungen**«Wir schützen die Fauna und Flora, aber nicht unsere Kinder»**

SITTEN | Die geplante Höchstspannungsfreileitung Chamoson-Sitten bewegt seit Jahren die Gemüter. Das Parlament hat gestern ein Postulat für eine Erdverlegung angenommen – durchs gesamte Wallis.

PLR, Linksallianz, CVPM und Grüne sind die Urheber des Postulats. Am 19. Januar 2015 hat das Bundesamt für Energie (BFE) die Pläne für den Bau der Höchstspannungsfreileitung zwischen Chamoson und Chippis genehmigt. Die Gegner des Projekts haben Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht und die aufschiebende Wirkung für das Baubewilligungsverfahren erwirkt. Das 2010 präsentierte Projekt ist auf grossen Widerstand gestossen. Infolge verschiedener parlamentarischer Vorstösse hat der Staatsrat eine unabhängige Expertise über die Machbarkeit einer Erdverlegung dieser neuen Leitung in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse dieser Expertise sollten die Position der Regierung in diesem Dossier bestimmen. «Obwohl diese Expertise zum Schluss kam, dass die Erdverlegung eines Drittels der Leitung möglich ist, hat der amtierende Staatsrat keinerlei Forderungen an die Bundesbehörden gestellt», kritisieren die Postulanten.

Walliser Regierung macht nichts

In Beantwortung der eidgenössischen Vernehmlassung zur Strategie Stromnetze hat die Berner Regierung 2015 klar Stellung bezogen und verlangt, dass die Pflicht zur Erdver-

legung von neuen Übertragungsleitungen mit einer Spannung von mehr als 220 Kilovolt verankert wird: «Der Walliser Staatsrat erachtete es im Rahmen dieser Vernehmlassung jedoch nicht für nötig, eine vergleichbare Forderung für unseren Kanton zu stellen. Der Berner Regierungsrat scheint dem Landschaftsschutz also einen höheren Stellenwert einzuräumen. Wir Politiker müssen eine Interessenabwägung vornehmen: die finanziellen Aspekte, die Beeinträchtigung unserer Landschaft und unserer Umwelt, die negativen Auswirkungen auf den Tourismus und die Gesundheit. Sind wir wirklich bereit, den künftigen Generationen diese Anlagen zu hinterlassen und falls ja, können wir mit Fug und Recht behaupten, keine andere Wahl gehabt zu haben?» Dieses Projekt sei nun schon seit fast 20 Jahren mehr oder weniger festgefahren. Der Staatsrat soll bei Bundesrätin Doris Leuthard vorstellig werden, damit sie im Rahmen der Planung des Schweizer Stromnetzes eine Erdverkabelung auf dem Abschnitt Chamoson-Ulrichen vorsieht.

«Gesundheit ist wichtiger als Geld»

Marcel Bayard (CVPM), Gemeindepräsident von Grône, sagt, dass Swissgrid die höchsten Masten Europas planen würde. Das sei unverantwortlich in der Nähe einer Schule: «Was passiert, wenn Kinder krank werden? Swissgrid schiebt die Verantwortung auf den Bund, der Bund auf Swissgrid. Ich lebe in unmittelbarer Nähe der Leitung. Man schützt Fauna und Flora auf

der Grimsel, aber nicht die Walliser Kinder. Das Swissgrid-Projekt entspricht nicht mehr den Normen. Gesundheit ist wichtiger als Geld. Seien wir vernünftig!» Die Leitung muss in den Boden. Kevin Follonier (SVPU) fordert ebenfalls eine Verlegung in den Boden: «Das Wallis wird grosse Schäden nehmen.» Christian Gasser (SVPU) merkt an, dass die Strahlung im Boden und in der Luft gleich hoch ist. Man unterstützt das Postulat aber trotzdem. Auch die CVPU steht hinter dem Postulat. Für Jean-Henri Dumont (Linksallianz) hat man die Entwicklung der Technologien verpasst. Marylène Volpi Fournier verteidigt das Postulat natürlich. Die Grünen

würden in diesem Punkt nun halt recht bekommen.

Bregy (fast) allein auf weiter Flur

Alain Bregy (CSPO) bekämpft das Postulat. Er ist allein auf weiter Flur: «Hochspannungsleitungen sind nicht schön, aber wichtig für die Walliser Elektrizitätswirtschaft. Wir müssen den produzierten Strom transportieren. Zwei Gerichte haben das Trasseebereits bestätigt.» Man solle auch aufhören, den Menschen etwa mit der R3 falsche Hoffnungen zu machen. Die neue Leitung hält auch die strengen Schweizer Grenzwerte fest. Bei der Schule Grône wird der Grenzwert deutlich unterschritten, tiefer als von

den Müttern von Grône gefordert. Es werden Masten entfernt, dafür sind sie dann aber höher. «Eine Erdverlegung ist technisch machbar. Aber die Erdverlegung einer Hochspannungsleitung ist nicht ein Gartenschlauchvergraben. Es wäre eine reine Ressourcenverschwendung.» Vorsichtige Unterstützung gibt es von Egon Furrer (CVPO). Für ihn sind die Forderungen aber eher Wunschdenken: «Wer soll das alles bezahlen?» Mit 103 gegen 14 Nein bei 7 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.

hbi

Kommentieren Sie auf



Chancenlos. CSPO-Grossrat Alain Bregy (rechts) stiess mit seinen Argumentationen im Parlament auf kein Gehör. FOTO WB

Grosser Rat | Trotz Widerstand der CSPO und der CVPO**Der Justizrat kommt**

SITTEN | Das Wallis erhält einen Justizrat.

In der zweiten Lesung gibt es keine Abänderungsanträge mehr. Die Meinungen sind gemacht. Mit dem Justizrat will das Parlament wieder mehr Vertrauen in die Walliser Justiz schaffen. Der Justizrat soll eine unabhängige Behörde zur Aufsicht über die Justiz sein. Er gibt zuhanden des Grossen Rates Vormeinungen zu den Bewerbungen um die Stellen des Kantonsrichters, des Generalstaatsanwalts, des Generalstaatsanwalt-Stellvertreters und

des Oberstaatsanwalts ab. Er übt über die kantonalen Gerichtsbehörden und die Magistraten der Staatsanwaltschaft die administrative und disziplinarische Aufsicht aus. Bis auf die Oberwalliser C-Parteien sind alle voll des Lobes über den beschlossenen Justizrat. Sie haben ihre Meinung zum «überflüssigen Justizrat innert zweier Tage natürlich nicht geändert. «Das fehlende Vertrauen in die Justiz ist der Hauptgrund für den neuen Verfassungsartikel. Die Mehrheit hat Vertrauen in die Walliser Justiz. Lassen wir das Volk entscheiden», betonte Stefan Zurbriggen

(CVPO). Laut Kommissionspräsident Grégory Logean (SVPU) hat nur noch eine Minderheit Vertrauen in die Justiz. Wie auch immer: Das Parlament stimmt der Verfassungsänderung mit 92 Ja gegen 28 Nein klar zu. Die Volksabstimmung soll im September, aber sicher spätestens im November 2016 stattfinden. Danach muss das Parlament dann noch ein entsprechendes Gesetz ausarbeiten.

Geändert wird auch das Wahlverfahren der Mitglieder der Staatsanwaltschaft. Es soll vereinfacht werden. Gegenwärtig werden sämtliche Staats-

anwälte, Stellvertreter und ausserordentlichen Staatsanwälte vom Grossen Rat gewählt. Mit dem vom Staatsrat vorgeschlagenen Änderungsentwurf wird der Grosse Rat nur noch den Generalstaatsanwalt, den Generalstaatsanwalt-Stellvertreter und die Oberstaatsanwälte, welche die regionalen Ämter der Staatsanwaltschaft leiten, wählen. Diese Magistraten bilden zusammen das Büro der Staatsanwaltschaft, welches die übrigen Staatsanwälte und Substituten ernannt. Es wird mit 119 Ja einstimmig angenommen. hbi

Heute auf 1815.ch**1815.club exklusiv für WB-Abonnenten**

Als WB-Abonnent sind Sie automatisch Mitglied im 1815.club. Schauen Sie rein: Tolle Vorteile und spannende Angebote warten auf Sie!

www.1815.ch/club

Oberwalliser Wonneproppen in der Baby-Galerie

In der 1815.ch-Baby-Galerie finden Sie Porträts der jüngsten Oberwalliserinnen und Oberwalliser. Wir gratulieren den frischgebackenen Eltern!

www.1815.ch

1815.TV

Aktuell auf 1815.tv: Sucht im Alter

Daniel Zumoberhaus im Gespräch mit Stefan Ruf, Stellenleiter Sucht Wallis, und Florian Walther von der Pro Senectute Oberwallis zum Thema «Sucht im Alter».

www.1815.ch